

Kanzleramt Suche nach braunen Wurzeln

Das Kanzleramt hat den jahrelangen Widerstand gegen eine offizielle Aufarbeitung seiner Gründerzeit eingestellt. Es geht um NS-belastete Beamte und deren Wirken in der Regierungszentrale, die Staatssekretär Hans Globke von 1953 bis 1963 leitete. Globke hatte 1936 einen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen mitverfasst, das Kanzleramt ehrt ihn noch heute mit einem unkommentierten Porträtfoto im vierten Stock. Die Aufarbeitung der Historie soll nun diskret in einem „ressortübergreifenden Forschungsprogramm“ erfolgen, das Kulturstaatsministerin Monika Grütters gerade vorantreibt. Gegenwärtig suchen elf Historikerkommissionen nach braunen Wurzeln von Ministerien und anderen Behörden. Wissenschaftler vom Institut für Zeitgeschichte und vom Zentrum für Zeit-historische Forschung hatten kürzlich gefordert, künftig über die Ministeriumsgrenzen hinweg zu recherchieren, etwa Kollektivbiografien aller Staatssekretäre zu erstellen. Ein derartiges Konzept ist auch für das Kanzleramt akzeptabel. Globke wäre dann nur einer von vielen. Grütters möchte das Programm mit fünf Millionen Euro ausstatten. klw



Globke 1961

Bundespräsident Merkel gegen Steinmeier

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es abgelehnt, eine Kandidatur von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck mitzutragen. In einem vertraulichen Gespräch teilte die CDU-Vorsitzende dem SPD-Chef Sigmar Gabriel mit, sie könne in ihrer Partei knapp anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl keinen sozialde-



Steinmeier

IPON / IMAGO

mokratischen Kandidaten durchsetzen. Gaucks Amtszeit endet im März des kommenden Jahres, er will sich in nächster Zeit zu seiner politischen Zukunft äußern. Viel spricht dafür, dass der 76-Jährige nicht noch einmal antritt. Damit wird es wahrscheinlicher, dass Union und SPD jeweils mit einem eigenen Präsidentschaftskandidaten in die Bundesversammlung gehen. Entscheidend könnte dann der dritte Wahlgang werden, in dem eine einfache Mehrheit ausreicht. red

Medienbildung Nachhilfe in der Kita

Erzieherinnen und Erzieher sollten Kleinkindern helfen, sich mit elektronischen Medien zurechtzufinden. Das fordern Experten in einem bislang unveröffentlichten „Strategiepapier Medienbildung“ des baden-württembergischen Staatsministeriums. Schon im frühen Kindesalter sei es wichtig,

Jungen und Mädchen „nicht mit ihren Medienerfahrungen allein zu lassen, sondern diese pädagogisch aufzugreifen“. Weiter gelte es, „Medienbildung strukturell im Bildungsalltag aller Generationen zu verankern“, heißt es in dem Strategiepapier. Ab dem kommenden Schuljahr werden alle weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg in Klasse 5 einen Basiskurs Medienbil-

dung anbieten. Laut Landesregierung dient die Initiative auch der Kriminalprävention. Kinder brauchten geschützte mediale Räume, die sie „nicht emotional überfordern, verunsichern, verstören oder gar verängstigen“. In Zeiten einer „Vollversorgung der Jugendlichen mit internetfähigen Endgeräten“ reiche der bestehende Jugendmedienschutz mit seinen Altersstufen nicht aus. fri

RAF Tote Spur

Eine der letzten Möglichkeiten, den Mord am Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, noch aufzuklären, hat sich zerschlagen. Die Attentäter der Roten Armee Fraktion (RAF) hatten im November 1989 für den Anschlag ein 88 Meter langes

Kabel zur tödlichen Sprengfalle verlegt und mit Zement fixiert. Darin fand die Polizei mehrere Dutzend Haare. In den vergangenen Monaten versuchte das Bundeskriminalamt, aus den Haaren mit der neuesten Technik DNA zu isolieren. Laut Bundesanwaltschaft verlief diese „abschließende Untersuchung“ jedoch „ergebnislos“. bhu



Zerstörter Dienstwagen 1989

WEREK

Rente Gabriels Rückzug

SPD-Chef Sigmar Gabriel bemüht sich in der Renten-debatte um leise Töne. In der Sitzung des Parteivorstands am Montag sagte er nach Angaben von Teilnehmern: „Wir sollten den Ball flach halten.“ Die Federführung beim Thema Rente habe Sozialministerin Andrea Nahles. In SPD-Kreisen wurde das als persönlicher Rückzug Gabriels gewertet. Zuvor hat-

te er die Altersvorsorge zu einem der entscheidenden Wahlkampfthemen ausgerufen. Wie CSU-Chef Horst Seehofer hatte er gefordert, ein weiteres Absenken des gesetzlichen Rentenniveaus zu verhindern. Dabei war er auf Widerstand bei Nahles gestoßen. Auch sie will die Absicherung stabilisieren, setzt aber vor allem auf den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge und Änderungen der Riesterreute. Im Herbst will sie ein Gesamt-

konzept vorlegen. Nahles soll Gabriel intern mehrmals darauf hingewiesen haben, dass ein Festhalten am gesetzlichen Rentenniveau von heute mit extrem hohen Ausgaben verbunden sei. Die Deutsche Rentenversicherung schätzt die Kosten auf rund 18 Milliarden Euro pro Jahr. Derzeit liegt das Rentenniveau vor Steuern bei 47,5 Prozent eines Durchschnittseinkommens. Bis 2030 sinkt es voraussichtlich auf 44,4 Prozent. cos, kn, mad